

dürfnissen der Menschen, die diese spontan zum Ausdruck bringen. Der Weg des wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts im Rahmen der individuellen Freiheiten, des Privateigentums und der Rechtsordnung mit gleichem Recht für alle schafft Freiheit, Frieden und Wohlstand für alle Bevölkerungskreise. Dazu braucht es Rechtssicherheit nach innen und Verteidigung nach aussen, aber keine staatlichen Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft.

Philosophie hilft, die richtigen Fragen zu stellen. Die Frage ist nicht, wie man staatlichen Zwang weiter ausgestalten soll, sondern ob und inwiefern dieser Zwang überhaupt berechtigt ist. Philipp Gut zum Beispiel hat so eine Frage am 19. August in *Weltwoche daily* gestellt, anlässlich der Debatte um eine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der 13. AHV-Rente: Was geht es den Staat überhaupt an, wenn Menschen untereinander freiwillig Vereinbarungen eingehen? Wenn einer sich in seinen Rechten

### Was geht es den Staat überhaupt an, wenn Menschen untereinander freiwillig Vereinbarungen eingehen?

verletzt fühlt, dann muss er einen Richter anrufen können. Aber der Richter tritt nur auf, wenn er gerufen wird. Er macht keine generellen Vorschriften darüber, wie die Menschen ihre freiwilligen Interaktionen zu gestalten haben.

Erik von Kuehnelt-Leddihn schlägt in seinem Hauptwerk «Freiheit oder Gleichheit» (1952) eine andere Einteilung vor als die Hegels, die in Kontinentaleuropa dominiert: Rechts ist, was rechtens ist, nämlich das Recht jedes Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben zu respektieren. Links ist, was den Menschen unter was für Vorwänden von Wohlergehen auch immer etwas aufzwingen will.

### Die richtigen Fragen stellen

Rechts in diesem Sinne ist die Alternative zum linken Totalitarismus. Diese Alternative hat politisch eine Chance, wie die Wahl von Javier Milei in Argentinien zeigt, und wie vielleicht eine zweite Präsidentschaft Trumps mit Beratern wie Elon Musk und Robert Kennedy zeigen wird. Und das ist die Tradition der Schweiz seit 1291: gegen fremde Mächte, die uns eine Lebensweise aufzwingen wollen; diese Mächte der Fremdbestimmung über das eigene Leben können durchaus auch von innen kommen. Wenn wir beharrlich die richtigen Fragen stellen, dann hat der politische Liberalismus vielleicht auch bei uns wieder eine Chance.

Michael Esfeld ist Professor für Philosophie an der Universität Lausanne und Mitglied im Stiftungsrat des Liberalen Instituts der Schweiz.

# Wetten, ein Nemo wäre willkommen?

Der Kanton St. Gallen schikaniert eine Lebensschutzorganisation. Vermutlich aus politischen Motiven.

Philipp Gut

Die Lebensschutzorganisation 100oplus ist in verschiedenen europäischen Ländern aktiv. Ihre Mission: Leben schützen, indem sie Beratung und Hilfe für Schwangere in Not anbietet. Um diese Arbeit in der Schweiz weiter auszubauen, wurde im Jahr 2023 die 100oplus Schweiz GmbH gegründet. Sie hat sich Statuten gegeben, die formal alle rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erfüllen und die in vollem Einklang mit der Bundesverfassung stehen. Dennoch teilte das kantonale Steueramt St. Gallen am 10. Oktober 2023 mit, dass die Tätigkeit von 100oplus Schweiz nicht als gemeinnützig anerkannt wird.

Die Nichtanerkennung der Gemeinnützigkeit ist nicht bloss ein Schönheitsfehler, sondern hat handfeste ökonomische Folgen: So können Spenden an 100oplus Schweiz nicht von den Steuern abgezogen werden, was das Spenden natürlich weniger attraktiv macht.

100oplus ist «erstaunt» über den Bescheid des Kantons St. Gallen, wie Geschäftsführer Matthias Jean-Marie Schächli gegenüber der *Weltwoche* sagt. Dies gelte umso mehr, als die Anerkennung im Vorfeld von den St. Galler Behörden in Aussicht gestellt worden sei. Er sei überzeugt, dass sämtliche Kriterien für eine Anerkennung als gemeinnützige Organisation nach wie vor erfüllt seien. Insbesondere betont Schächli, dass die Beratung und Hilfe für Schwangere und ihre Familien «zu 100 Prozent kostenlos ist» und ohne jegliche Gegenleistung erfolge. Ausserdem stün-

den die Angebote jeder Frau offen – unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Kultur, sozialer Schicht, Einkommen und Familienstand. Schliesslich sagt Schächli: «Die Unterstützung, die Schwangeren in Not hilft, eine lebensbejahende Entscheidung zu treffen, dient dem Allgemeinwohl der Schweizer Bevölkerung.»

### Politiker und Bischöfe wehren sich

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Schwesterorganisationen von 100oplus Schweiz in Deutschland, Italien und Österreich problemlos als gemeinnützig anerkannt worden sind. Der Verdacht steht deshalb im Raum, ob beim Entscheid der St. Galler Behörden allenfalls politische Motive im Spiel gewesen sein könnten.

Sogenannte Pro-Life-Organisationen sind jedenfalls starkem Gegenwind ausgesetzt, ihrem friedlichen Engagement wird häufig mit Hass und teilweise gar mit Gewalt begegnet. Auf Anfrage der *Weltwoche* sagt der Amtsleiter des kantonalen Steueramts St. Gallen, Felix Sager, aufgrund des Steuergeheimnisses dürften «die Steuerbehörden Drittpersonen keinerlei Auskünfte zu konkreten Fällen geben. Deshalb äussern wir uns zu dem von Ihnen angesprochenen Fall nicht.»

Die Hintergründe und möglichen Beweggründe des Falls bleiben somit vorerst im Dunkeln. Doch sei die ketzerische Bemerkung erlaubt: Wetten, einer Organisation für Hilfe und Beratung von «Nonbinären» unter dem Vorsitz

von Nemo wäre der Antrag auf Gemeinnützigkeit bewilligt worden?

100oplus Schweiz wehrt sich nun unter anderem mit einem offenen Brief an den Kanton St. Gallen dafür, dass dieser doch noch auf seinen Entscheid zurückkommt. Zu den Erstunterzeichnern gehört Prominenz aus Politik und Kirche, darunter SVP-Nationalrat Lukas Reimann, EDU-Präsident Daniel Frischknecht, sein Parteikollege und Nationalrat Erich Vontobel oder Bischof Marian Eleganti.



Hilfe für «Nonbinäre»? Bischof Marian Eleganti.